



Gute Politik für den Düsseldorfer Süden

Rechenschaftsbericht 2005 bis 2008

Karin Kortmann, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Liebe Genossinnen und Genossen,

erstmalig entscheidet am 25. Oktober 2008 eine Delegiertenkonferenz der SPD-Düsseldorf gemeinsam über die Aufstellung beider KandidatInnen für die Bundestagswahl am 27. September 2009. Um auch den Delegierten aus dem Wahlkreis 107 meine zurückliegende Arbeit als Abgeordnete differenzierter vorzustellen, lege ich Euch allen einen kurzen Rechenschaftsbericht vor. Ich verbinde damit einen ganz besonderen Dank an die Genossinnen und Genossen aus meinem Wahlkreis, die mich bei meiner Arbeit unterstützten mir wichtige Anregungen geben.

Am 25. Oktober kandidiere ich nach den Bundestagswahlen 2002 und 2005 erneut als Wahlkreiskandidatin und bitte Euch, mich zu unterstützen. Die jetzige Legislaturperiode ist für mich persönlich eine sehr erfolgreiche. Ich arbeite als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und habe durch meine Arbeit als Entwicklungspolitikerin viele Kompetenzen erlangt. Durch dieses Amt haben sich die zeitlichen Präsenzen in Berlin erhöht, jedoch nicht zu Lasten meiner Wahlkreisarbeit.

Die großen Themenbereiche Gesundheitspolitik, Engagementförderung und Entwicklungspolitik sind geblieben. Ebenso das Thema Arbeitswelt, Armut und Rente. Ich lege großen Wert darauf, an Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden und Bezirksvertretungen sowie Schützenfesten und natürlich den Aktionen meiner Ortsvereine teilzunehmen.

Seit Mai 2007 bin ich zudem SPD-Unterbezirksvorsitzende und damit auch stärker im Norden präsent. Durch meine Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt habe ich die Nord-Ortsvereine noch besser kennengelernt. Danke an dieser Stelle für Euer großes Engagement.

So sehr ich persönlich mit meiner Arbeit zufrieden bin, muss ich doch deutlich darauf hinweisen, dass die große Koalition zum Teil weit hinter ihren Erwartungen, aber auch Möglichkeiten geblieben ist. Es drängt sich immer mehr der Eindruck auf, dass die Kanzlerin Richtlinienfunktion und Moderatorenfunktion verwechselt und sich erst dann zu Wort meldet, wenn alle Konfliktlinien entschärft sind. An ihrer Seite sind eher die glücklosen Gefolgsleute: Wirtschaftsminister Glos, der in der Bankenkrise weder gehört noch gesehen wurde, Innenminister Schäuble, der die rechtlichen Grenzen von militärischer und polizeilicher Sicherheit überschreiten will, Bildungsministerin Schavan, die zu einem Bildungsgipfel einlädt, aber nichts zu melden hat... So könnte ich fortfahren und so müssen wir auch darstellen, wer die Akteure in der Große Koalition sind: Außenminister Steinmeier, Finanzminister Steinbrück, Umweltminister Gabriel, Gesundheitsministerin Schmidt, Entwicklungsministerin

Wieczorek-Zeul, Verkehrsminister Tiefensee und Arbeitsminister Scholz. Alle von der SPD, alle von uns!

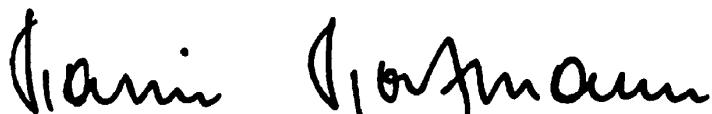
Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mir im nächsten Jahr wieder ein rot-grünes Bündnis auf Bundesebene wünsche. In den 7 Jahren von 1998-2005 wurden die wesentlichen Weichenstellungen vorgenommen. Sie sind alle nachzulesen in der Bilanz „SPD: 10 Jahre in Regierungsverantwortung“ auf meiner Webseite.

„Unsere Bilanz in Stichworten“ der Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion in 38 Punkten zusammengestellt. Von Arbeitslosengeld, Gebäudesanierung, Kita-Plätzen Pflegeversicherung bis Wohngeld ist die sozialdemokratische Linie erkennbar.

Mit der Nominierung von Frank-Walter-Steinmeier zum Kanzlerkandidaten haben wir berechnete Hoffnungen bei der Bundestagswahl 2009 wieder stärkste Fraktion werden zu können. Dazu wollen wir Düsseldorfer unseren Beitrag leisten. Wir sind der einzige SPD-Unterbezirk, der zur Zeit zwei Regierungsmitglieder über seine Abgeordneten stellt. Das wollen wir auch zukünftig so beibehalten.

Und deshalb bitte ich an dieser Stelle nochmals um die Unterstützung für Michael Müller und mich.

Eure

A handwritten signature in black ink, reading "Karin Kortmann". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Karin Kortmann

Dialog mit dem DGB in Düsseldorf

Politisches Frühstück

In den vergangenen Jahren haben die folgenden Gesprächsrunden mit dem DGB, seinen Einzelgewerkschaften und den Betriebsräten stattgefunden. Von den eingeladenen MdBs nahmen Karin Kortmann für die SPD und Hildegard Müller für die CDU regelmäßig teil.

09.02.07, 9.30-11 Uhr, im DGB-Haus Düsseldorf

Die Themen waren:

- Rente mit 67 und flexibler Übergang in die Rente
- Mindestlohn

22.11.07, 9.30-11 Uhr, im DGB-Haus Düsseldorf

Die Themen waren:

- Gesundheitspolitik
- Prekäre Beschäftigung



Karin Kortmann bei der 1. Mai Demonstration 2007 in Düsseldorf

Beschlüsse des Bundestages zum Thema Arbeit und Soziales:

- Gesetz zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2008, Bundestagsbeschluss vom 16.11.2007
- Zweites Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, Bundestagsbeschluss vom 20.12.2007

Aktionstag der IG Metall Düsseldorf-Neuss

10.09.2008, 15-19 Uhr am Schadowplatz

Mitwirkende:

- Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied IG Metall
- Guntram Schneider, DGB-Landesbezirksvorsitzender NRW
- Karin Kortmann, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin
- Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW
- Günter Wallraff, Schriftsteller
- Betriebsräte und betroffene Leiharbeiter



Karin Kortmann u.a. mit Günter Wallraff, DGB Guntram Schneider, IG Metall Nihat Ozürk, DGB Kreisvorsitzender Kiaus Reuter, Verdi Chef Gustav Wilden

Im Rahmen der IG Metall-Kampagne „Gleiche Arbeit? Gleiches Geld!“

kam die IG Metall mit ihrem Kampagnetag nach Düsseldorf, um über Missstände in der Leiharbeit zu informieren.

Ich unterstütze die Forderungen der IG Metall. Leiharbeit wurde als arbeitsmarktpolitisches Instrument eingeführt, um Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wird heute aber häufig missbraucht. Dagegen müssen Politik und Tarifvertragsparteien vorgehen. Leiharbeit muss auf ihre Kernfunktionen begrenzt und stärker kontrolliert werden. In Berlin setze ich mich dafür ein, dass der Mindestlohn kommt— auch in der Zeit- und Leiharbeitsbranche!

Weitere Informationen im KKKompakt 14 vom 19.09.2008.

Der Bericht der Arbeitsgruppe Arbeitnehmerüberlassung des SPD Gewerkschaftsrates spricht sich eindeutig für eine stärkere Begrenzung und Kontrolle der Leiharbeit aus.

Regelmäßige Betriebsbesichtigungen

Vor Ort in den Betrieben sind die Betriebsräte für mich ein verlässlicher Ansprechpartner um über die Situation der ArbeitnehmerInnen gut informiert zu sein.

Gespräch mit Betriebsrat und Geschäftsführung von Vallourec & Mannesman Tubes

Am 11.04.2007

TeilnehmerInnen:

- Karin Kortmann, MdB
- Ayhan Üstün, Betriebsratsvorsitzender
- Abdullah Yilmaz, Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
- Mitglieder der Geschäftsführung des Werkes



Karin Kortmann mit Mitgliedern des Betriebsrates von Vallourec & Mannesman

Gespräch mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung von ThyssenKrupp Nirosta

10.01.2008

TeilnehmerInnen:

- Karin Kortmann, MdB
- Mitglieder des Betriebsrates und der Unternehmensleitung

In den Gesprächen mit den Betriebsräten wurde erneut deutlich, dass Menschen nach dem jetzigen Renteneinstiegsalter von 65 Jahren nicht weiter im metallverarbeitenden Gewerbe arbeiten können. Ich setze mich im Bundestag dafür ein, dass branchenspezifische Lösungen für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit gemeinsam mit den Unternehmen gefunden werden.



Karin Kortmann mit Mitgliedern des Betriebsrat von ThyssenKrupp Nirosta

Besuch beim Betriebsrat von Henkel, gemeinsam mit der SPD-Ratsfraktion, 27.08.2008

TeilnehmerInnen:

- Karin Kortmann, MdB
- Manfred Abels, Angelika Wien-Mross, alle SPD Ratsfraktion
- Mitglieder der Unternehmensleitung und des Betriebsrates von Henkel

Bei dem Gespräch ging es um die betriebliche Ausbildung sowie die Arbeitsmarktsituation in Düsseldorf. Auch umwelt- und energiepolitisch e Fragen wurden diskutiert.



Karin Kortmann mit der SPD-Ratsfraktion und dem Betriebsrat von Henkel

Besuch beim Callcenter der Telekom in der Moltkestraße, 31.07.2008

TeilnehmerInnen:

- Karin Kortmann und Josef Bednarski

In dem Gespräch ging es um die drohende Schließung von Callcentern der Telekom. Das Callcenter-Konzept der Telekom ist ein Stoß vor den Kopf für viele Beschäftigte. Ich setze mich dafür ein, dass die Telekom in den Dialog mit den Beschäftigten tritt, um eine mitarbeitergerechte Lösung zu finden.

Beschlüsse des Bundestages zum Thema Rente:

- Gesetz zur Erhöhung der Altersbezüge um 1,1 Prozent ab dem 01. Juli 2008, Bundestagsbeschluss vom 25.01.2008
- Rentenversicherungs--Altersgrenzenanpassungsgesetz, Bundestagsbeschluss vom 09. 03. 2007
- Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen, Bundestagsbeschluss vom 09. 03. 2007
- Arbeitslosengeld verlängert – keine Zwangsverrentung ab 58 - Ältere werden stärker berücksichtigt, Bundestagsbeschluss vom 25.01.2008

Beschlüsse des Bundestages zum Thema Ausbildung

- Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern, BT-Beschluss vom 18.01.2008
- Ausbildungsbonus beschlossen – Chance für förderungsbedürftige Jugendliche, BT-Beschluss vom 05.06.2008

Im kommenden Jahr kann der von mir ins Leben gerufene Gesprächskreis „SPD, Kirchen und Jüdische Gemeinde“ sein 10-jähriges Bestehen feiern. In diesen Jahren hat er sich als ein Ort des offenen Dialogs und des Meinungsaustauschs bewährt, in dem es darum geht, persönliche Positionen zu benennen, Sichtweisen und Beschlüsse der Kirchen, der Jüdischen Gemeinde und der SPD kennen zu lernen und sich als Gesprächskreis mit ausgewählten Themen zu befassen.

Nicht zuletzt durch diesen Gesprächskreis haben sich in den letzten Jahren die Kontakte zu den Kirchen und zu der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf deutlich verbessert und intensiviert.

Die Veranstaltungen der letzten Jahre werden im Folgenden kurz dargestellt.

1. Zahlen und Tendenzen auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt

Am 25.04.2005, 17.30-19 Uhr, in der Agentur für Arbeit

Referent:

Peter Jäger, Leiter der Düsseldorfer Agentur für Arbeit

Zahlen der Arbeitsmarktstatistik, Chancen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, Veränderungen in der statistischen Erfassung und erste Erfahrungen mit der im Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz IV-Gesetzgebung standen an diesem Abend im Mittelpunkt. Peter Jäger, der Leiter der Düsseldorfer Agentur für Arbeit berichtete über die Düsseldorfer Zahlen und Erfahrungen.

2. Flüchtlingspolitik

Am 02.02.2006, 17.30-19 Uhr, im Gemeindehaus der Friedens-Kirchengemeinde

Referentin:

Jessica te Heesen, Cornelia Voigtmann, Evangelisches Flüchtlingsreferat

Das Thema Integration im weitesten Sinne beschäftigt den Gesprächskreis seit seinem Bestehen. Bei Besuchen in der Jüdischen Gemeinde, in der griechisch-orthodoxen Kirche und der Moschee hat der Kreis den interreligiösen Dialog geführt. Im Januar 2004 stand der so genannte „Kopftuchstreit“ auf der Tagesordnung und im Mai 2004 haben die Leiterin des Stadtteilladens Flingern und Pfarrer Frantzmann von der Diakonie über Integration in Düsseldorf informiert.

An diesem Abend standen Flüchtlinge im Mittelpunkt, die in Düsseldorf Zuflucht suchen, hier auf eine Entscheidung über ihren Antrag warten oder trotz Ablehnung des Asylantrages nicht abgeschoben werden.

3. Sterbebegleitung

Am 13.09.2006, 17.30-19 Uhr, im Gemeindehaus der Friedens-Kirchengemeinde

Referent:

Prof. Dr. Torsten Verrel, geschäftsführender Direktor des Kriminologischen Seminars der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn

Professor Verrel hat gemeinsam mit anderen Strafrechtlern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich einen „Alternativ-Entwurf Sterbebegleitung“ erarbeitet. Er war Gutachter beim Deutschen Juristentag im September 2006, auf dem über das Thema „Patientenautonomie und Strafrecht bei der Sterbebegleitung“ diskutiert wurde.

Verschiedene Stellungnahmen, u.a. des Nationalen Ethikrates hatten in den vergangenen Monaten für heftige Diskussionen darüber gesorgt, wie Rechtssicherheit für die Beteiligten bei der Betreuung am Ende des Lebens geschaffen und gewährleistet werden kann, wie die gesetzliche Absicherung der Patientenverfügung aussehen muss usw.. Eine wichtige und spannende Debatte auch im Gesprächskreis.

4. Besichtigung des maxhauses mit dem Thema „Kirche in der Stadt“

Am 22.01.2007, 17.30 - 19.00 Uhr,
im maxhaus, Katholisches Stadthaus in Düsseldorf

Referent:

Michael Hänsch, Geschäftsführer Katholische Kirche in Düsseldorf

Im November 2006 haben der Katholische Gemeindeverband und die Geschäftsstelle des Katholikenrates ihr neues Domizil im „maxhaus“ bezogen. Das Gebäude hat durch die Verbindung des alten Franziskanerklosters mit moderner Architektur einen ganz besonderen Reiz. Historische Funde wurden bei den Bauarbeiten frei gelegt und in Zusammenarbeit mit den Denkmalbehörden umfassend dokumentiert. Der Gesprächskreis hatte Gelegenheit das maxhaus als Begegnungszentrum der Katholischen Kirche in Düsseldorf zu erleben und über die Idee der Kirche in der Stadt zu diskutieren.

5. Aktuelles aus der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und als zweites Thema Stammzellforschung und die Diskussion im Deutschen Bundestag

Am 31.03.2008, 18-20 Uhr,
im Schulzentrum der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf

ReferentInnen:

- Juan-Miguel Strauss, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf
- Julien-Chaim Soussan, Rabbiner
- Karin Kortmann, MdB



Karin Kortmann mit Juan-Miguel Strauss, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde, Rabbiner Julien-Chaim Sou-

Es bestand Gelegenheit den Vorstandsvorsitzenden der Jüdischen Gemeinde kennen zu lernen und sich über die aktuelle Situation der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf zu informieren.

Darüber hinaus stand die Diskussion im Deutschen Bundestag zum Thema Stammzellforschung im Mittelpunkt. Der Deutsche Bundestag hat die Grundsatzdebatte über die Zukunft der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen in Deutschland geführt. Die Bandbreite der Forderungen ging von der völligen Streichung des Stichtages über die Beibehaltung der bisherigen Stichtagsregelung, die einmalige Verschiebung des Stichtags bis zum völligen Verbot der Forschung mit embryonalen Stammzellen. Dabei standen jeweils Politikerinnen und Politiker quer durch die Fraktionen hinter den entsprechenden Forderungen.

Anhand dieser Abstimmung zeigt sich auch grundsätzlich, wie unsere Gesellschaft mit dem Spannungsverhältnis zwischen Erwartungen, Forderungen und Visionen der Wissenschaft und Forschung und grundsätzlichen ethischen Überzeugungen umgeht. Grund genug, diese Diskussion auch noch einmal im Gesprächskreis „SPD, Kirchen und Jüdische Gemeinde“ aufzugreifen.

Veranstaltungen im Rahmen der 23. Düsseldorfer Eine Welt Tage 2007

Frieden, Sicherheit und Stabilität in Ruanda. Die Erfahrungen aus dem Genozid

Donnerstag, 27. 09. 2007

18-20 Uhr im SPD-Parteihaus

Filmvorführung: Shooting Dogs

Podiumsdiskussion mit:

- S.E. Eugène-Richard Gasana, Botschafter der Republik Ruanda
- Karin Kortmann, MdB



Karin Kortmann mit
Botschafter Gasana und
Künstler Nemo

Der Film „Shooting Dogs“ thematisiert den brutalen Völkermord in Ruanda im Jahr 1994. Eine Mission in Kigali wird innerhalb kürzester Zeit von einem eher beschaulichen Ort zu einem Fluchtpunkt für Tutsi, die in der Mission Schutz vor Verfolgung und Ermordung suchen. Im Anschluss an den Film habe ich mit dem Botschafter der Republik Ruanda, S.E. Eugène– Richard Gasana über die Erfahrungen aus dem Genozid und die aktuelle Situation in Ruanda diskutiert.

Aktuelle Perspektiven für die Friedens- und Versöhnungsarbeit in Guatemala

Freitag, 02. November 2007,

18.00-20 Uhr, SPD-Parteihaus

Podiumsdiskussion:

- S.E. Heinz-Erich Richter de León, Botschafter der Republik Guatemala
- Karin Kortmann, MdB



Karin Kortmann mit
Botschafter Richter de León

Am 09. September 2007 wurde in Guatemala die Regierung und das Parlament gewählt. Mit Rigoberta Menchú Tum, Friedensnobelpreisträgerin, kandidierte erstmals eine Frau für das höchste Amt im Staat. Sie vertritt die indigene Bevölkerungsgruppe, die in Guatemala rund 40% der Einwohner ausmacht.

Bei der Wahl zum Präsidentenamt konnte keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erlangen. Aus diesem Grund fand am 4. November 2007 eine Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten Colom und Molina statt. Diese gewann mit 53 Prozent der Stimmen der sozialdemokratische Herausforderer Colom. Er versprach, Guatemala Versöhnung und soziale Gerechtigkeit zu bringen. Gewalttaten und Morde hatten den Wahlkampf Wochen und Monaten überschattet.

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen

In den vergangenen drei Jahren habe ich mit den „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen immer wieder aktuelle Themen aufgegriffen und den Wählerinnen und Wählern in Düsseldorf die Möglichkeit gegeben sich direkt bei den ExpertInnen zu informieren. Die Veranstaltungen waren stets gut besucht, bei einigen Veranstaltungen kamen rund 200 Gäste. Folgende „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen habe ich in den letzten Jahren durchgeführt:

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung Bürgerschaftliches Engagement—Engagement macht Schule“ Am 8. Juni 2006, 18-20 Uhr, im Stadtmuseum Düsseldorf

ReferentInnen:

- Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstitutes
- Annette Steller, SPD-Ratsfraktion
- Silvia Hill, Arbeiterwohlfahrt, Einrichtungsleiterin OGATA
- Roger Krempe, Schulpflegschaftsvorsitzender der Henri-Dunant-GGS



Karin Kortmann und
Thomas Rauschenbach

Bei der Veranstaltung wurden Kooperationsfelder der Schule mit Akteuren der Bürgergesellschaft dargestellt, wobei gerade der Aufbau von Ganztagschulen wichtige Zugänge für eine verstärkte Kooperation bietet.

Im Bundestag hat die SPD dafür gesorgt, dass die Ganztagesbetreuung wichtige Impulse bekommt. Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" - einem der größten Bildungsprogramme, die es in Deutschland je gab, unterstützt die Bundesregierung die Länder mit insgesamt 4 Milliarden Euro beim flächendeckenden Auf- und Ausbau des schulischen Ganztagsangebots.

Beschlüsse des Bundestages zum Bürgerschaftlichen Engagement

- Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten , Bundestagsbeschluss vom 06.03.2008
- Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, BT-Beschluss vom 06.07.2007

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Eine unbequeme Wahrheit: Klima- und Umweltschutz geht uns alle an“ Am 10. August 2007, 18-20 Uhr, im Schützenhaus Eller

Referentin:

- Kerstin Griese, Vorsitzende des Familienausschusses

Bei der Veranstaltung habe ich den Dokumentarfilm des Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore „Eine unbequeme Wahrheit“ gezeigt. Der Film zeigte eindrucksvoll, wie wichtig es ist, aktiv Klimaschutz zu betreiben. Beim Thema Klimaschutz haben wir viel bewegt. Mit dem Beschluss zum Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien von heute etwa 15 Prozent bis 2020 auf mindestens 30 Prozent steigen wird. Die SPD hat bei den Verhandlungen die entscheidenden Änderungen durchgesetzt.



Karin Kortmann und
Kerstin Griese

- Klimawandel global und effizient eindämmen: Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen, Bundestagsbeschluss 16.11.2007
- Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, Bundestagsbeschluss 19.06.2008
- Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Bundestagsbeschluss vom 06.6.2008
- Gesetz der Erneuerbaren Energien im Strombereich, Bundestagsbeschluss vom 06.06.2008
- Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, Bundestagsbeschluss vom 06.06.2008
- Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb, Beschluss vom 06.06.2008

**„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Im Auftrag der Familie“
Am 13. August 2008, 17.30-19.30 Uhr, CVJM Düsseldorf**

Referentin:

- Kerstin Griese, Vorsitzende des Familieausschusses des Deutschen Bundestages

Eine zeitgemäße Familienpolitik muss die veränderte Lebenswirklichkeit vieler junger Menschen und ihre Bedürfnisse und Wünsche ernst nehmen. Das Elterngeld und die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag zeugen von einem grundlegenden familienpolitischen Paradigmenwechsel. Das sind wichtige Erfolge der SPD-Bundestagsfraktion. Machen wir Deutschland zum Familienland!

Beschlüsse des Bundestages zur Familienpolitik:

- Gesetz zur Einführung des Elterngeldes, Bundestagsbeschluss vom 29.09.06
- Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, Bundestagsbeschluss vom 24.09.2008
sichert u.a. den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins und die Finanzbeteiligung des Bundes
- Reform des familienrechtlichen Unterhaltsrechts
Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.

**„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Integration als Chance“
Am 14. August 2008, 18-20 Uhr, in der St. Josef Gemeinde Oberbilk**

Referentin:

- Lale Akgün, Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion
- In der Diskussion mit über 140 Gästen wurde schnell klar, dass eine gelungene Integration allen Seiten nützt. Dafür macht sich die SPD stark. Voraussetzung hierfür ist neben dem Erlernen der Landessprache und einem angemessenen Bildungsstand eine vollständige rechtliche Integration. Wir haben nicht zu viele, sondern zu wenig Einbürgerungen.



Karin Kortmann und
Lale Akgün

Beschlüsse des Bundestages zur Integrationspolitik

- Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union, Bundestagsbeschluss vom 14.06.2007
- Im Haushaltsplan 2008 haben wir für das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" eine Mittelerrhöhung auf 1 Millionen Euro durchgesetzt.

**„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft-
Was bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger?“
Am 14. März 2007, 18-20 Uhr, im Bürgerhaus Bilk**

Referent:

- Axel Schäfer, der Europapolitische Sprecher der SPD Bundestagsfraktion
- Axel Schäfer hat die Gäste über die verschiedenen Bereiche der Europapolitik informiert. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft konnten wir wichtige Ziele erreichen. Besonders in der Klimapolitik wurden wichtige Beschlüsse gefasst. So wurde die Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen um 20 % bis 2020 sowie die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % bis 2020 beschlossen.

- Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen, Bundestagsbeschluss vom 1.03.2007
- Beschluss zur Klimapolitik unter der Deutschen Ratspräsidentschaft sieht vor:
 - Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen um 20 % bis 2020
 - Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2 Grad
 - Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % bis 2020

**„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Pflegereform. Für eine gute Betreuung“
Am 28. Februar 2008, 18-20 Uhr, Gemeindesaal Pfarrzentrum St. Gertrud**

Referentin:

- Carola Reiman, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Am 14. März 2008 haben wir im Bundestag das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung beschlossen. Die Richtschnur bei der Pflegereform war für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär. Wohnortnahe Pflegestützpunkte werden als Anlauf- und Beratungs- und Vermittlungsstellen errichten. Mit der Veranstaltung konnten wir die Veränderungen der Pflegeversicherung erklären.



Karin Kortmann und
Carola Reimann

**„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung „Gesundheitsreform.
Für ein leistungsstarkes und solidarisches Gesundheitssystem
Am 9. März 2007, 17-19 Uhr, im Pfarrzentrum St. Gertrud**

Referentin:

- Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion im Bereich Gesundheit und Soziales

Elke Ferner hat die vier Bereiche der Gesundheitsreform vorgestellt: die Einführung einer Krankenversicherung für alle, die Reform der Versorgungsstrukturen und der Kassenorganisation, die Finanzen und die private Krankenversicherung.

Ich hätte mir außerdem die Einbindung der privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem gewünscht. Das war mit unserem Koalitionspartner nicht zu machen. Aber die SPD hat sich in zentralen Punkten durchgesetzt und wird sich für eine zügige und verlässliche Umsetzung der Reform eingesetzt. Den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen wollen wir konsequent weitergehen. Politisches Ziel bleibt für uns deshalb weiterhin die solidarische Bürgerversicherung. Mit der Gesundheitsreform haben wir wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen.

Weitere Informationen zur Gesundheitsreform finden Sie im Gesundheitskompakt, der auf meiner Homepage zu finden ist.

Beschlüsse des Bundestages zur Gesundheitspolitik:

- Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Bundestagsbeschluss vom 2.02.07
- Krankenhausfinanzierungsreformgesetz ab dem Jahr 2009, Bundestagsbeschluss vom 26.09.2008
- Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, Bundestagsbeschluss vom 14.03.2008



Um meine politische Arbeit zu vermitteln, ist der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, auch um Vertrauen für meine politische Arbeit zu gewinnen. Im Rahmen meines Mandats kann ich jährlich 200 Personen, u.a. Schülerinnen und Schüler der Düsseldorfer Schulen einen Fahrtkostenzuschuss für einen Berlinbesuch gewähren. 100 nehmen als Besucher an einer Plenarsitzung teil. 100 weitere kommen zu einem Informationsbesuch in das Reichstagsgebäude, bei dem sie über das Gebäude und das Funktionieren des politischen Systems informiert werden. Mir ist es ein großes Anliegen, mit den Schülerinnen und Schülern persönlich sprechen und diskutieren zu können—im Reichstag oder in der Schule.

In den vergangenen Jahren waren folgende Besuchergruppen in Berlin:

Fahrtkostenzuschuss 2005

1. Berufskolleg Bachstraße, Informationsbesuch 04.05.05
2. Kollegium Grundschule Lennéstraße, Plenarbesuch 03.06.05
3. Peter-Härtling-Schule, Plenarbesuch 29.06.05
4. Personalrat Landesarbeitsgericht, Plenarbesuch 29.09.2005
5. Gruppe von Karl-Heinz Goebels, Informationsbesuch, 01.10.05
6. Ausländerbeirat, Plenarbesuch 11.11.2005

Fahrtkostenzuschuss 2006

1. Franz-Jürgens-Berufskolleg, Informationsbesuch 12.03.06
2. Interessengemeinschaft Tannenhof, Informationsbesuch 14.03.06
3. Realschule Kamper Weg, Informationsbesuch 12.05.06
4. Schützen Oberbilk, Informationsbesuch 12.05.06
5. Elly-Heuss-Knapp Berufskolleg, Informationsbesuch 20.06.06
6. Evangelische Jugend Holthausen, Informationsbesuch 06.07.06
7. Berufskolleg Bachstraße, Plenarbesuch 09.11.06
8. PolizeiseniorInnen, Plenarbesuch 25.10.06

Fahrtkostenzuschuss 2007

1. Elly-Heuss-Knapp-Berufskolleg, Informationsbesuch, 10.01.07
2. Franz-Jürgens-Berufskolleg, Informationsbesuch, 12.03.07
3. Georg-Schulhoff-Realschule, Informationsbesuch, 23.03.07
4. Theodor-Litt-Realschule, Plenarbesuch, 29.03.07
5. Elly-Heuss-Knapp Berufskolleg, Informationsbesuch, 20.06.06
4. Theodor-Litt-Realschule, Plenarbesuch, 29.03.07

5. Freie Christliche Schule, Informationsbesuch, 08.05.07
6. Georg-Schulhoff-Realschule, Informationsbesuch, 12.05.07
7. WK-Besucher, Informationsbesuch, 03.09.07
8. Joseph-Beuys-Gesamtschule, Informationsbesuch, 08.10.07
9. Leibniz-Gymnasium, Plenarbesuch, 11.10.07
10. Luisen-Realschule, Informationsbesuch, 17.10.07

Fahrtkostenzuschuss 2008

1. St. Ursula-Gymnasium, Informationsbesuch 09.04.08
2. Schloss-Gymnasium, Informationsbesuch 22.05.08
3. Heinrich-Hertz-Berufskolleg, Plenarbesuch 05.06.08
4. Lessing-Gymnasium, Informationsbesuch 10.06.08
5. Guttempler , Informationsbesuch 06.09.08
6. Theodor-Litt-Realschule, Informationsbesuch am 16.09.08
7. Elly-Heuss-Knapp Realschule, Informationsbesuch 15.10.2008

Besuchergruppen aus Düsseldorf in Berlin

Als Bundestagsabgeordnete habe ich die Möglichkeit, politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises zu einer Informationsfahrt in das politische Berlin einzuladen. Die politischen Fahrten werden in meinem Wahlkreisbüro vorbereitet vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) durchgeführt.

In den vergangenen Jahren waren an folgenden Terminen jeweils 50 DüsseldorferInnen in Berlin:

- 09.05. — 12.05.2005
- 29.08. — 01.09.2005
- 29.05. — 01.06.2006
- 11.09. — 14.09.2006
- 03.09. — 06.09.2007
- 11.06. — 14.06.2007
- 16.06. — 19.06.2008
- 01.09. — 04.09.2008



Düsseldorferinnen und Düsseldorfer zu Besuch im Entwicklungsministerium in Bonn

Auch im Entwicklungsministerium in Bonn empfangen ich Besucherinnen und Besucher aus Düsseldorf, um Ihnen die Arbeit des Entwicklungsministeriums zu vermitteln. Auf dem Foto ist der OV-Unterbach zu sehen, der im April 2007 einen Tagesausflug nach Bonn unternommen hat und dort von mir empfangen wurde.



Diskutiert wurde über die vielfältigen Hilfen für die Entwicklungsländer, welche Rolle China heute auf der Weltbühne sowohl als Empfänger, als auch als Geber von Entwicklungshilfe spielt, welchen Stellenwert die Energiepolitik einnimmt und vieles mehr. Seit ich in diesem Ministerium arbeite, ist das Interesse an entwicklungspolitischen Themen in meinem Wahlkreis gestiegen.

Betriebsrätekonferenzen der SPD-Fraktion

Ein Mal im Jahr findet in Berlin die Betriebsrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion statt. Dazu habe ich u.a. folgende Betriebsräte eingeladen:

Manfred Böhm

Betriebsrat der Rheinbahn AG

Teilnahme an der Betriebsrätekonferenz am 13.12.2006

Heiko Goebel

Betriebsrat der Rheinbahn AG

Teilnahme an den Betriebsrätekonferenzen
am 13.12.2006 und 28.05.2008

Heidmarie Niegeloh

Betriebsrätin und Gleichstellungsbeauftragte der Rheinbahn AG

Teilnahme an den Betriebsrätekonferenzen
am 19.06.2007 und 28.05.2008

Ayhan Üstün

Betriebsratsvorsitzender der Vallourec & Mannesman Tubes GmbH,

Teilnahme an der Betriebsrätekonferenz am 19.06.2007

Die Betriebsräte konnten unter anderem mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, Finanzminister Peer Steinbrück und Klaus Brandner, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Arbeitsministerium über Reformen zur Weiterentwicklung des Sozialstaats, über altersgerechte Arbeit und über Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit diskutieren. Für uns in der SPD ist klar: Wir brauchen gute Arbeit, qualifizierte Arbeitskräfte und eine Wertschätzung in der Arbeit. Vor allem aber treten wir für gesetzliche Mindestlöhne ein.



Karin Kortmann mit
Heidmarie Niegeloh und
Heiko Goebel

Jugend und Parlament

Lotte Schulz-Pitsch

Schülerin an der Rudolf Steiner Schule, Düsseldorf

Teilnahme am Jugendpresstag am 23. bis zum 26. April 2008

Zum Jugendpresstag der SPD-Bundestagsfraktion habe ich die junge Redakteurin nach Berlin eingeladen, um mit führenden SPD-Politikern aus Partei, Fraktion und Regierung über Politik zu diskutieren. Das Programm beinhaltete ein Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, eine Pressekonferenz mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und dem stellvertretenden Regierungssprecher Thomas Steg, ein Treffen mit dem stellvertretenden Pressesprecher des Auswärtigen Amtes und einen Besuch der Pressestelle des SPD-Parteivorstands.



Karin Kortmann mit
Lotte Schulz Pitsch

Jugendpresstag

Svenja Gehm,

Schülerin am Geschwister-Scholl-Gymnasium, Düsseldorf

Teilnahme an „Jugend und Parlament“ 16. - 19.06.2007

Hakan Östen

Schüler am Geschwister-Scholl-Gymnasium, Düsseldorf

Teilnahme an „Jugend und Parlament“ 31.05.-03.06.2008



Karin Kortmann mit
Hakan Östen

Die Jugendlichen aus Düsseldorf konnten auf meine Einladung im Rahmen von „Jugend und Parlament“ den Deutschen Bundestag in Berlin intensiv kennenlernen. Bei dem viertägigen Planspiel übernahmen sie mit weiteren 300 Jugendlichen aus ganz Deutschland Rollen fiktiver Abgeordneter. Dabei brachten sie ihre Gesetzesinitiativen durchs parlamentarische Verfahren, simulierten Fraktions- und Ausschusssitzungen,

und diskutierten mit den anderen ‚Abgeordneten‘ im Original-Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Dieses Angebot von uns an Jugendliche informiert eindrücklich über politische Zusammenhänge, sensibilisiert für aktuelle politische Fragen und veranschaulicht sehr lebendig die Notwendigkeit, in der Politik Mehrheiten zu organisieren.

Parlamentarisches Patenschaftsprogramm

Christoph Kramer

Schüler am Gymnasium Gerresheim, Düsseldorf
Teilnahme am Programm im Schuljahr 2005/2006

Anna Schenke

Schülerin am St. Ursula Gymnasium, Düsseldorf
Teilnahme am Programm im Schuljahr 2006/2007

Janna Bleck

Schülerin am Gymnasium Gerresheim, Düsseldorf
Teilnahme am Programm im Schuljahr 2008/2009

Die Schülerinnen und Schüler habe ich für das Parlamentarische Patenschaftsprogramms ausgewählt und während ihres Auslandsaufenthaltes in den USA betreut. Mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm ermöglichen Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Abgeordnete des amerikanischen Kongresses einen Austausch von SchülerInnen und jungen Auszubildenden aus Deutschland und den USA. Die SchülerInnen erhalten von uns ein Vollstipendium, leben bei amerikanischen Gastfamilien und besuchen eine öffentliche High-School. Durch das Leben in den Gastfamilien und im Kontakt mit MitschülerInnen lernen junge Menschen die jeweils andere Kultur, Sprache und Lebensweise genau kennen. Mit diesem Programm stärken wir ganz konkret die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA und ermöglichen eine Verständigung zwischen den Menschen.



Christof Kramer und Karin Kortmann



Anna Schenke und Karin Kortmann

Informationsdienst KKKompakt

Politik hat häufig ein Problem der Vermittlung. Um dem zu entgegen und die Düsseldorfern und Düsseldorfern aktuell über meine politische Arbeit zu informieren, gebe ich **KKKompakt**, meinen persönlichen Informationsdienst heraus. Er erscheint regelmäßig am Ende einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und informiert über die wichtigsten Themen der zurückliegende Sitzungswoche. Im Vorwort gebe ich persönliche Einschätzungen zu den wichtigsten Themen. Im Kompaktinfo bereite ich Hintergrundinformationen zu einem wichtigen politischen Thema der Woche auf, da das in der täglichen Berichterstattung oft zu kurz kommt.

Zu besonderen Schwerpunktthemen, wie zur Europäischen Ratspräsidentschaft, zur Gesundheitsreform, zum Klimawandel und zur Pflegeversicherungsreform habe ich Sonderausgaben herausgegeben.

